

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 420.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Verlagsort: Halle a. S., Markt 12. Druck: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Markt 12.

Zweite Ausgabe

Verlagsort: Berlin, Zehlendorfer Straße 14. Telefon Amt VI Nr. 1149.

Verlagsort: Halle a. S., Zehlfelderstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktions-Zehlfelderstraße 1272. Eing. G. Braunhauser. Geschäftsbearb.: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Mittwoch, 8. September 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Zehlfelderstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 1149. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Ueber die wirtschaftlichen Ansichten in Kamerun.

Der Gouverneur Eich hat in einem Vortrage näher aus-  
geklärt, den er in seinem Seimatsort Senftenberg bei  
Pannheim gehalten hat. In der letzten Zeit — so führte  
er Zeit aus — seien ihm viele Anfragen zugegangen, ob  
es möglich sei, sich in Kamerun als Landwirt nieder-  
zulassen. Auf diese Anfragen antwortete er nun, daß es  
zurzeit noch nicht so weit sei, einem deutschen  
Landwirt zuzurufen zu können, auf eigenes Risiko nach  
Kamerun zu gehen und dort einen landwirtschaftlichen  
Betrieb zu eröffnen. Für eine dauernde Niederlassung  
zuerst sei das ganze Küstengebiet und der ganze  
Südteil das geeignete Gebiet und der ganze  
Südteil. Dort sei der einzige Artikel für den Handel der  
Küstengebiet, der mit 6—9 Mark pro Hektar den Eingeborenen  
besitzt und von jungen deutschen Kaufleuten aufgekauft  
wird, die im Lande unberufen sind. Ihr Verdienst betrage  
bis zu 60 000 Mark jährlich. Der Boden bestehe vor-  
wiegend aus Kautschuk, einer Art Kakaobaum, und eigne sich  
zur Landwirtschaft nicht. Verträge mit Tabak-  
pflanzungen blieben ohne Erfolg. Der Kakaobau  
ist das klassische Terrain für den Kakaobau. Um  
den ganzen Berg herum reiche sich Plantagen an Plantage.  
Die Erträge seien sehr gut. In der Mitte des Landes  
werde hauptsächlich die Delapalm gepflanzt. Del und  
Gummi bestimmen vorwiegend den Charakter Kameruns  
als Handelskolonie. Ueber die Bevölkerung des  
Südwestens sagte der Vortragende, daß er eine Volks-  
zählung veranlaßt habe, die das Vorkommen von  
24 Millionen Seelen ergab, während die Be-  
völkerung immer auf 4 bis 6 Millionen geschätzt wurde.  
Die Ursachen dieser geringen Bevölkerungsziffer seien auf  
politischen, sozialen und vornehmlich auf wirtschaftlichen  
Gründen zu suchen. Die politische Herrschaft habe dazu  
geführt, daß die einzelnen Stämme unabhängig blieben. Auf  
sozialem Gebiete bestanden die Sklaverei und Viel-  
weiberei die Bevölkerungsziffer in ungünstiger Weise.  
Die Sklaverei sei unterdrückt, aber gegen die Vielweiberei  
habe die Kolonialverwaltung nichts ausrichten können, da  
müsse die Mission eingreifen. Die Eingeborenen seien  
beim Handel sehr geschäftig. Vieh gibt es nur im  
Süd. Der weite Weg nach den anderen Gebieten verleierte  
es aber sehr. Von Weizen z. B. kostet das Viertel 20 Mark  
hier Mark. Mais und Reis seien als weitere Export-  
produkte ins Auge zu fassen. Pflanzungsversuche hätten  
völlig keine Ergebnisse gebracht. Bedingung für den Export  
der sich in Kamerun anfinden will, sei, daß er vorher  
einige Jahre in größeren Betrieben Erfahrungen über Land  
und Leute sammle. Auf die Mitarbeit der Eingeborenen  
wird er nicht verzichten können, und diese müsse man zu  
behandeln wissen.

### Der Reichsbetriebsfonds.

Die „Verf. Pol. Nachr.“ schreiben: Der deutsche  
Reichsbetriebsfonds hat von jeder ein ausreichender Betriebs-  
fonds besteht. Es sind zwar mehrere Verträge gemacht  
worden, die Betriebsmittel der Reichsbetriebe zu ver-  
sichern, in den letzten Jahrzehnten ist aber lediglich ein-  
mal gelungen, dem Reichsbetriebsfonds einen Betrag aus  
Einnahmeverbänden zuzuführen. Und doch hat die Unzu-  
lässigkeit des Betriebsfonds im Reich recht große Un-  
annehmlichkeiten im Gefolge.  
Um die laufenden Ausgaben decken zu können,  
müssen Mittel vorhanden sein. Diese Mittel werden in Er-  
mangelung eines ausreichenden Betriebsfonds durch Scha-  
nennungen aufgebracht. Für diese aber sind Zinsen zu  
zahlen. Und so vergrößert der Mangel eines ausreichenden  
Betriebsfonds die fortlaufenden Ausgaben des Reichs.  
Soll die Schanennennungen, wenn sie beträchtliche Summen  
erreichen, auch auf den Stand der Anleihen zurückzuführen,  
so muß nebenbei erwähnt werden. Sollte man eine durch-  
gehende Geltendmachung der Reichsfinanzen herbeiführen, so  
müßte man sich denn auch an eine Verbesserung der Verhält-  
nisse des Betriebsfonds machen. Diese wird nach zwei Rich-  
tungen erhitet. Einmal dadurch, daß man ihm Ver-  
sicherungen zuzuführen beginnt. Diese werden aus den Ge-  
winnen entnommen, die sich bei der Prägung von Reichs-  
silbermünzen aus angekauften Silber ergeben. Da der  
Silberpreis bedeutend niedriger ist als der Kurswert der  
Reichsilbermünzen, so ist dieser Gewinn recht beträchtlich.  
Schon im Finanzjahr der Reichsbetriebsfonds für 1908, wie  
er vor einigen Tagen im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht  
ist, konnte teilweise erzielt werden, daß etwas über 10 Millionen  
Mark aus diesem Gewinn dem Reichsbetriebsfonds zuge-  
führt wurden. Man wird für 1909 und die zunächst fol-  
genden Jahre wohl noch auf größere Verfürgungen des  
Reichsbetriebsfonds aus der gleichen Quelle zu rechnen  
können, weil die Prägungen der Reichsilbermünzen ent-  
sprechend den Bestimmungen des neuen Münzgesetzes einen  
noch größeren Umfang annehmen dürften. Im Etat für 1909  
ist der Münzprägungsbetrag auf über 22 Millionen Mark an-  
genommen. Demnach ist endlich Aussicht vorhanden, daß

in naher Zeit der Betriebsfonds des Reichs einigermaßen  
den an ihn gestellten Forderungen entsprechen wird. Auf  
der anderen Seite gedenkt man diese Forderungen etwas  
zu ermäßigen. Hierzu dient in erster Linie die Bestimmung  
des neuen Finanzgesetzes, wonach die Veräußerungsaus-  
gaben für die von der Post zu bewirkenden Zahlungen  
von Unfallrenten ab 1. Januar 1910 Fonds zur Ver-  
fürgung zu stellen haben. Bisher mußten die Renten längere  
Zeit vom Reich veranlagt werden, ehe sie wieder ein-  
kamen. Dadurch wurden natürlich die Betriebsmittel des  
Reichs geschwächt. Auch hier wird also in naher Zeit eine  
Veränderung eintreten, die sich dem Betriebsfonds günstig  
erweisen wird.  
Auch so in zwei Richtungen, in derjenigen der Ver-  
einfachung der Betriebsmittel und in der der Ent-  
lastung der Reichsbetriebe, so ist anzunehmen, daß auf diesem  
Gebiete bald Fortschritte eintreten werden, die einer gesunden  
Finanzpolitik entsprechen, und die vor allen Dingen nicht  
weniger fortwährende Ausgaben vermeiden, wie sie mit der  
Begebung von Titeln der schwelenden Schuld verbunden  
sind.

### Lehrerbeförderungsgesetz und Mietschadensgesetz.

Die Ausführungsanweisung der zuständigen Minister  
zum Lehrerbeförderungsgesetz gibt auch Vorschriften für den  
Erfolg des Mietschadensgesetzes. Danach ist dabei  
folgendes zu beachten:  
Der Tarif hat die Mietschadenshöhe einheitlich für die ganze  
Provinz in bestimmten Sätzen für jede der fünf Gewerklaffen (A I  
bis IV) festzusetzen. Auch da, wo in einer Provinz etwa Orts-  
schaften einer gewissen Klasse nicht vertreten sind, muß auch für  
diese Klassen eine Mietschadenshöhe vorgelassen werden. Nur für  
die eigene Provinz angehende Städte Berlin ist die Miets-  
schadenshöhe nur für die Gewerklasse A, der Berlin angehört, zu  
bestimmen. Die Mietschadenshöhe ist getrennt für Lehrer von  
Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen, andere Lehrer,  
Lehrerinnen festzusetzen. Weitere Unterabteilungen dürfen nicht  
gemacht werden. Die Mietschadenshöhe ist also für alle Lehrer  
mit Ausnahme der gedachten Lehrer und ebenso für alle  
Lehrerinnen gleich. Da die Gewerklasse IV hier ungleichartige  
Ortschaften in sich umschließt, für sie verschiedene Stufen, zweck-  
mäßig nicht mehr als drei, zu bilden und für diese verschiedene  
Mietschadenshöhen festzusetzen zu empfehlen. Ueber die Einziehung der  
Schulverbände in die verschiedenen Stufen der Gewerklasse IV be-  
zogen sich die Provinzialräte. Der Beschluß ist nicht mit dem Tarif  
zu verbinden. Er ist ebenso wie der Tarif im Anbetracht zu ver-  
öffentlichen. Die im Gesetz erwähnten Ziele sollen den Beschluß  
betreffend einen Anhalt für die Aufstellung des Tarifs geben. Der-  
bei ist jedoch darauf hinzuwirken, daß es sich hier nicht um Normal-  
sätze, sondern um Mindestsätze handelt, über die die Verordnungs-  
behörden hinausgehen können. Es wird indessen ein Hinweis auf  
über die gesetzlichen Mindestsätze gegeben ist, haben die Provinz-  
räte unter sorgfältiger Prüfung auch in Betracht kommenden Ver-  
hältnisse nach abschließend zu entscheiden. Um abzu-  
wehren große Spannungen zwischen den verschiedenen Provinzen zu vermeiden,  
wird es sich empfehlen, daß die Oberpräsidenten bei der Vorbe-  
reitung des Provinzialratsbeschlusses mit den Nachbarprovinzen in  
Verbindung treten. Die Mindestsätze haben nur die Stellen der  
anderen Lehrer und Lehrerinnen im Auge. Für die Lehrer von  
Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen ist die Miets-  
schadenshöhe höher zu bestimmen. An der Selbstverwaltung  
bestehen ist naturgemäß auch den Schulverwaltungsbehörden Ge-  
legenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Erfolg des Tarifs ist,  
da die weitere Ausführung des Gesetzes davon abhängig ist, tun-  
sich zu beschleunigen. Von dem Tarif sowie von etwaigen späteren  
Veränderungen desselben, welche jedoch nur bei erheblicher Ver-  
änderung der zu Grunde liegenden tatsächlichen Verhältnisse zu-  
läufig sind, haben die Oberpräsidenten dem Unterrichtsminister Vor-  
schrift einzuschicken.

### Deutsch-englische Flottenfragen.

In der Sitzung des englischen Unterhauses am 7. er-  
richtete ein Liberaler an Premierminister Asquith die  
Anfrage, ob er das erneute Interesse bemerkt habe, das in  
Deutschland der Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens  
über die Küstungen zur See entgegengebracht werde, und ob er  
in der Lage wäre, irgendeine die Hoffnung aufrechtzuerhalten,  
daß von der englischen Regierung neue Anstrengungen gemacht  
werden würden, um auf die Grundlage eines Einverständnisses  
irgend welcher Art zu gelangen, welches den Völkern beider Länder  
die Last ihrer Flottenausgaben erleichtern könnte. Ein anderer  
Liberaler fragte den Minister gleichfalls, ob die von Herrn v. Holleben  
und anderen in politischen Kreisen Deutschlands hervorragenden  
Männern unterzeichnete Erklärung zu Gunsten einer Küstungs-  
einschränkung seine Aufmerksamkeit hervorgerufen habe, und ob er  
mit Rücksicht auf diese Erklärung sowohl als auch auf seine  
eigene Stellung, daß die britische Regierung um die Er-  
gänzung eines Abkommens mit anderen Mächten befragt ist,  
die Gelegenheit wahrzunehmen möge, der deutschen Regierung  
weitere Vorstellungen zu machen, um zu einem Abkommen über  
die Begrenzung der Küstungen zur See zu gelangen.  
In Verantwortung dieser beiden Anfragen erklärte  
Asquith: Sie dürfen versichert sein, daß jede Andeutung,  
daß die deutsche Regierung ein solches Abkommen zu  
treffen wünscht, wie es hier in Betracht gezogen wurde, das  
herzlichste Entgegenkommen der britischen Regierung finden  
würde. Es muß nach den öffentlichen Erklärungen, die von den  
verantwortlichen Ministern der Krone bereits abgegeben sind,  
ganz klar sein, daß keinerlei Vorstellungen der britischen Regie-

rung erforderlich sind, um zu beweisen, daß dies der Fall ist.  
Auf wurde die weitere Anfrage an den Minister gerichtet,  
ob es mit Rücksicht auf die ungeheuren nationalen Interessen,  
die dabei in Frage kämen, nicht möglich wäre, daß britischer-  
seits die Initiative ergriffen würde. Darauf antwortete Asquith:  
Wir haben die Initiative ergriffen.

### Deutsches Reich.

\* Das Kaiserpaar in Stuttgart. Am Dienstag abend  
6½ Uhr fand im königlichen Residenzschloß zu Stuttgart  
Paradeafel statt. Während des Mahles brachte der  
König einen Toast aus, in dem er im Namen  
seines Armeekorps und des ganzen Landes dem Kaiser und  
der Kaiserin den herzlichsten Dank für ihren Besuch aus-  
sprach. Möchte der Kaiser aus den Leistungen des Parade-  
festes die Überzeugung gewonnen haben, daß nicht nur  
auf dem Paradeplatze, sondern auch im Ernstfalle des  
Krieges, wo es geht, Blut und Leben für Kaiser und Vater-  
land hinzugeben, der Schwabe nicht hinter den anderen  
Völkern zurückbleiben wolle. Der Kaiser sprach  
in feiner Antwort zunächst seinen und der Kaiserin  
Dank für die Einladung und den herzlichsten Empfang  
durch die Bevölkerung, sowie für den schönen Tag in mili-  
tärer Beziehung aus. Das 13. Armeekorps habe  
sehr hervorragende Leistungen aufzuweisen  
gehabt, das Ergebnis intensiver, hingebender, treuer  
Büchtereifüllung. Der Kaiser gedachte ferner des  
Grafen Zeppelin, in Würtemberg's  
berühmten Sohne, dem er es zu danken habe,  
daß sich das deutsche Volk wieder einmal in  
dem großen patriotischen Gedanken zu-  
fammenfand. Dafür möchte er ihm als  
Kaiserhelfer danken. Der Kaiser schloß mit  
dem Wunsch, das herrliche Land und das fernbedeute Volk  
möge blühen und gedeihen, und brachte ein dreifaches  
Hurra auf den König und die Königin aus.

Seine Majestät der Kaiser verlieh dem Herzog  
Karl von Württemberg, als suite des Dragoner-Regiments  
König Olo, den Schwarzen Adlerorden, dem Fürsten  
Karl von Krah das Großkreuz des Roten Adlerordens. Der  
Kaiser verlieh ferner an die Offiziere seines Dragoner-Regiments  
eine Anzahl Ordensauszeichnungen, endlich dem Kriegsminister  
v. Balthasar das Großkreuz des Roten Adlerordens, dem  
Kommandanten von Stuttgart, Generalleutnant v. Schapff,  
den Kronorden zweiter Klasse mit Stern, dem würtembergi-  
schen Militärbevollmächtigten in Berlin, Ober v. Dörner, die  
Willkür zum Kronorden zweiter Klasse.

\* Der württembergische „Staatsanzeiger“ schreibt: Der  
König hat durch Allerhöchste Note vom 7. er, als dem Tage, an  
dem die württembergischen Truppen vor dem deutschen  
Kaiser zur Überfahrt gehalten haben, diesen zum Chef des  
Dragoner-Regiments Königin Olga Nr. 25 er-  
nannt. — Laut dem „Staatsanzeiger“ hat der König dem  
Diplomaten Grafen Ferdinand v. Zeppelin das  
Ritterkreuz erster Klasse des Friedrichsordens, dem Oberingenieur  
Kober die Goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft am  
Bande des Friedrichsordens und den Ingenieur Stahl und  
Stahl sämtlich in Friedrichsorden, die Verdienstmédaille des  
Kronordens verliehen.

\* Vom Ostsee-Abol-Veren. Der Westliche Reichsanstalt  
D. Pant in Leipzig hat den von ihm schon im vorigen Jahre  
angekauften Entwurf, den Vorschlag im Zentral-  
Bande des Ostsee-Abol-Verens niederzulegen, nun-  
mehr auszuführen, weil ihm sein Alter gebietet, jüngerem,  
stärkeren Kräfte Platz zu machen. An seiner Stelle ist der bis-  
herige erste Schriftführer Superintendent D. Hartung  
in Leipzig zum ersten Vorsitzenden und der bisherige zweite  
Schriftführer Reichardt D. Hoescher in Leipzig zum ersten  
Schriftführer gewählt worden.

\* Die Zollsteuerfrage. Die „Norddeutsche Allge-  
meine Zeitung“ teilt mit, daß, soviel ihr bekannt, die Ab-  
sicht fortbesteht, die gesetzgebenden Faktoren des Reichs  
über die Zollsteuerfrage zu beschaffen. Dieser Weg bietet  
nämlich die Möglichkeit, einerseits der vorzeitigen Ausgabe  
von Coupons und Dividendenbogen durch bezüglichere  
Vorschriften entgegenzutreten, als es im Rahmen der Aus-  
führungsbestimmungen geteilen konnte, andererseits auch  
sonstige Fragen der Stempelsteuer in einer über die Aus-  
führungsbestimmungen des Bundesrates hinausgehenden  
Weise gesetzlich zu ordnen.

\* Stellenvermehrung im Auswärtigen Amt. Zu der  
nach den Erklärungen des Staatssekretärs von Schön im  
Reichstage in Aussicht genommenen Stellenvermehrung im  
Auswärtigen Amt wurde kürzlich berichtet, daß im nächsten  
Etat entsprechende Forderungen gestellt werden würden.  
Es sollten nicht nur eine Direktorstelle, sondern auch  
andere Stellen geschaffen werden, um der bestehenden  
Arbeitsüberlastung abzuhelfen. Wie der „N.“ an unter-  
richteter Stelle mitgeteilt wird, dürfte man zunächst von  
denartiger Forderungen absehen, so daß in nächsten  
Etat Positionen für solche Stellenvermehrungen nicht  
zu erwarten sind. Mit Rücksicht auf den Grund der größten  
Sparbarkeit hat man die Erledigung der Personalfrage  
zunächst zurückgestellt. Was die Vereinigung des  
Geschäftszweiges anbetrifft, so sind in technischer Beziehung  
bereits die nötigen Anordnungen ergangen, die hier Abhilfe  
schaffen können.





